

# SOLIDARITÄT

## Newsletter Montagsdemo Rheinfeldern



### Tod im Jobcenter: "So kann man eine Behörde nicht leiten"

#### Themen in dieser Ausgabe:

- Finanzhilfe ...!
- Hartz-IV ...!
- Krankenversicherung ...!
- Privatkassen ...!
- Vizeexportweltmeister ...!
- Grüne ...!
- Gesamtschule ...!

#### IN DIESER AUSGABE:

Bedingungen für Finanzhilfe stoßen Griechenland in den Abgrund	2
Hartz-IV-Empfänger erreichen häufig nur unsichere Jobs	2
Krankenversicherung – Die Privaten werden immer teurer	2
Bürger fordern direkte Beteiligung	2
Vizeexportweltmeister Deutschland braucht den Euro dringender als Griechenland	2
Grüne an der Regierung!	3
Bundesagentur für Arbeit kriminalisiert selbstständige Auf Stocker	3
Wulff muss Gesamtschule loben	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

Frankfurt am Main. Nach den tödlichen Schüssen im Jobcenter Frankfurt-Gallus am 19. Mai, bei denen unter bislang ungeklärten Umständen eine 39-Jährige Hartz IV - Bezieherin durch eine Dienstwaffe der Frankfurter Polizei ums Leben kam, fordern Erwerbslosenverbände nun die Schließung des Jobcenters und ein Ermittlungsverfahren gegen die Behördenleiterin Claudia Czernohorsky-Grüneberg. Zudem ist am Samstag (18. Juni) durch eine Demonstration in der Frankfurter Innenstadt darauf aufmerksam gemacht worden, dass die rigorose Hartz IV-Praxis der Behörde mit zur tödlich geendeten Eskalation beigetragen hat.

Was genau an diesem Tag im Jobcenter geschah, das weiß niemand so genau. "Doch bereits das wenige, was wir wissen, legt nahe, dass jetzt drastische Konsequenzen gezogen werden müssen", so Roman Thilenius von der "Initiative Christy Schwundeck", die sich zum Ziel gesetzt hat, die Aufklärung des Vorfalls voranzutreiben. Thilenius ist als Sozialberater im Netzwerk der hessischen Erwerbsloseninitiativen aktiv, in dem sich 300 Gruppen und Einzelpersonen aus dem kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereich zusammengeschlossen haben. Der Vorfall in Frankfurt - Mitte hatte zu heftigen Diskussionen geführt.

Das Jobcenter Frankfurt - Gallus sei eine Einrichtung, die auf besondere Problemfälle zugeschnitten ist und daher könne man auch erwarten, dass man dort mit besonderen Problemfällen umgehen kann. "Die Frau ist nur deswegen ausgerastet, weil man ihr nicht geholfen hat und nicht weil sie betrunken oder von Natur aus böse gewesen wäre", stellt Thilenius fest. Es sei klar, dass es nicht einfach ist, mit schwierigen Kunden umzugehen, und dass man dabei auch mal von seinem Hausrecht Gebrauch machen müsse. „Aber es verwundert dann doch, dass die Leiterin des Jobcenters, Diplom-Psychologin Claudia Czernohorsky-Grüneberg gegenüber der

„Hessenschau“ (08.06.2011) aussagte, dass die Auszahlung des verweigerten Barbetrages in Höhe von 10 Euro möglich gewesen wäre. Zumindest entsteht der Eindruck, dass der tödlich geendete Konflikt fahrlässig mit provoziert wurde und wohmöglich hätte vermieden werden können.“



Noch immer ist unklar, warum der zu Tode gekommenen Kundin eigentlich ein Vorschuss von 10 Euro verweigert wurde. Ihr Antrag auf Arbeitslosengeld II war bereits positiv beschieden und die Frau stand schon 19 Tage ohne Geld da. Unverständlich bleibt auch, warum die Polizei den Ausweis von der Frau verlangte, wo doch alle Hartz IV-Bezieher den Personalausweis entweder am Eingang oder bei den Sachbearbeitern abgeben müssen und ihn erst beim Verlassen des Gebäudes zurück erhalten, wie betroffene Besucher dieser Behörde berichteten.

"So kann man eine Behörde nicht leiten", meint auch Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland, und steht nach eigenen Aussagen mit dieser Idee unter Erwerbslosenorganisationen nicht alleine da. "Dass die zuständige Jobcenterleitung diesen Vorfall auf der jüngsten Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch so darstellt, dass man alles richtig gemacht habe, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Mit so einer Aussage hat sie sich selbst dis-

qualifiziert und ist als Leiterin einer Behörde kaum mehr tragbar. Deeskalierend war die Verweigerung einer geringen Barauszahlung bestimmt nicht. Immerhin stand die Frau schon viele Tage ohne einen Cent da und Geldüberweisungen der Jobcenter dauern bekanntlich mehrere Tage. Damit soll keineswegs der Angriff mit dem Messer auf die Polizei verharmlost werden. Das Drama hätte wahrscheinlich verhindert werden können, wenn man die existenzielle Not dieser Frau ernst genommen hätte. In diesem Zusammenhang mache ich darauf aufmerksam, dass sich an uns häufig Menschen mit Migrationshintergrund wenden, die über schlechtere Behandlung in den Jobcentern klagen. Auch hier kann man nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern muss solche Klagen ernst nehmen", so Behrsing.

Auch der Ehemann des Opfers sieht die Schuld für den Tod seiner Frau bei der Job Center Frankfurt GmbH: Er wies in einem Interview in einer Regionalzeitung kürzlich zurecht daraufhin, dass es andernorts ja auch möglich sei, dass in Notfällen auch mal ein paar Euro Barvorschuss an Empfänger von Arbeitslosengeld II ausbezahlt werde.

Das Erwerbslosen Forum Deutschland, bei dem auch viele Rechtsanwälte aktiv sind, sieht keine Rechtsgrundlage für die Verweigerung eines solchen Antrags auf einen kleinen Vorschuss einfach durch ein Hausverbot abzuwehren. "Dafür sind Sozialbehörden schließlich da, Menschen in Not zu helfen", so Behrsing, "wenn sie das nicht mehr tun, dann kommen sie ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nach und haben sie ihr Ziel verfehlt." Quelle: erwerbslosenforum.de





## Bedingungen für Finanzhilfe stoßen Griechenland in den Abgrund



**Attac Deutschland solidarisch mit Widerstand gegen Kürzungspolitik.** Zu dem Treffen der Euro-Finanzminister erklärt das globalisierungskritische Netzwerk Attac: "Der Streit der Euro-Finanzminister um die Art und Weise der Beteiligung von Banken und Versicherungen an einem neuen Finanzpaket für Griechenland kann nicht darüber hinweg täuschen, dass

Griechenland mit den geplanten Maßnahmen nicht gerettet, sondern in den Abgrund gestoßen wird. Die harten Bedingungen für Finanzhilfen - noch mehr zu sparen und in großem Maßstab zu privatisieren - bedeuten für Griechenland den ökonomischen und politischen Ruin", sagte Detlev von Larcher, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac. Max Bank, eben-

falls Mitglied des Attac-Koordinierungskreises, sagte: "Die Empörung der Griechen und Spanier über die Strukturanpassungsprogramme der Troika aus IWF, EZB und EU ist mehr als verständlich. Mit dem Widerstand gegen eine sinnlose und unsoziale Kürzungs- und Privatisierungspolitik erklären wir uns solidarisch."



## Hartz-IV-Empfänger erreichen häufig nur unsichere Jobs

Im Jahr 2008 haben über eine Million Hartz-IV-Empfänger eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Nur 55 Prozent dieser Jobs dauerten länger als sechs

Monate. Fast die Hälfte der Beschäftigten musste zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beziehen, weil ihr Verdienst ihren Lebensunterhalt nicht decken konnte. Das zeigt eine am

Dienstag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Quelle: Informationsdienst Wissenschaft

## Antrag !!! auf Private Krankenversicherung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich nicht länger an der solidarischen Krankenversicherung beteiligen. Bitte senden Sie mir Informationen zu. Ich möchte beim Arzt bevorteilt werden und meine Mitmenschen sind mir schnurz-egal.  
Also: Hopp - her mit der Schnäppchen-Versicherung!

Mit freundlichen Grüßen  
Schweinchén Schlaú

**PKV für jede Sau!**

© 2010 Mißfeldt www.tagbeefling.de

## Krankenversicherung – Die Privaten werden immer teurer

Die private Krankenversicherung wird jedes Jahr teurer. Und die Beitragsteigerungen fallen immer höher aus. In den vergangenen zehn Jahren erhöhten die Versicherungen die

Tarife für Männer um jährlich 5,67 Prozent, bei Frauen um 4,29 Prozent. Im schlimmsten Fall kletterten die Preise im Durchschnitt um fast 13 Prozent im Jahr.  
Quelle: FAZ



## Bürger fordern direkte Beteiligung

Die Bundesbürger würden sich deutlich stärker politisch engagieren und bei politischen Entscheidungen einbringen, wenn sie in politischen Fragen tatsächlich mitentscheiden könnten. Deshalb favorisieren die Bürger allen voraus direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten, wie Volksbegehren oder Bürgerentscheide. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative

Befragung der Bertelsmann-Stiftung. Bei der Frage nach den wünschenswertesten Beteiligungsverfahren geben 78 Prozent direkte Verfahren, wie Volksentscheide oder Bürgerbegehren, an. Jeder Zehnte erklärt, bereits an solchen direkten Verfahren teilgenommen zu haben. Nur 21 Prozent zeigen sich an Möglichkeiten der di-

rekten Demokratie nicht interessiert. Groß ist das Interesse auch an direkten Bürgerbefragungen zu bedeutsamen Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa Bauprojekten. 68 Prozent der Bundesbürger würden bei derartigen Projekten gern unmittelbar mitentscheiden, nur 29 Prozent sind desinteressiert.  
Quelle: Bertelsmann Stiftung

## Vizeexportweltmeister Deutschland braucht den Euro dringender als Griechenland

Trotz wachsenden Widerstandes in den eigenen Reihen haben Union und FDP im Bundestag gerade grünes Licht für die Pläne der Kanzlerin und ihres Finanzministers gegeben, auf dem EU-Gipfel am 23. und 24. Juni in Brüssel gegenüber Griechenland weitere Sparforderungen durchzudrücken, unter denen die Menschen dort bereits jetzt leiden. Weil es die notwendigen Angleichungen bei Steuern, Sozialleistungen, ökologischen und rechtlichen Standards nicht gegeben hat, krankt die Binnenwährung - weil es

keine Binnenstruktur diesbezüglich hat. "Wenn Sie den Euro retten, retten Sie die deutsche Exportwirtschaft. Sagen Sie das doch einmal in dieser Klarheit, damit die Bürgerinnen und Bürger Bescheid wissen", fordert Gregor Gysi die Bundesregierung auf. Neben Krediten für Griechenland brauchen wir ein Investitionsprogramm, damit die griechische Wirtschaft wieder belebt wird. Das muss mit einer Finanztransaktionssteuer finanziert werden. "Letztlich brauchen wir steigende Löhne, Renten und Sozialleistungen in Deutschland, um die Ungleichge-

wichte im Verhältnis zu anderen Staaten zu überwinden. Wir brauchen das wegen der sozialen Gerechtigkeit, um neue Schuldenkrisen zu verhindern, um unsere eigene Binnenwirtschaft endlich zu stärken und um die unendliche Geschichte der Rettungspakete zu beenden", betont Gregor Gysi in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundesfinanzministers.  
Quelle: linksfraktion.de



## Grüne an der Regierung!

Politikwechsel: Die Grünen und ihr blinder Fleck Energiefragen beherrscht die Ökopartei, bei Sozialthemen kupfert sie nur ab. Eigene Antworten haben die Grünen nicht. Das wird künftig nicht reichen. Sollen sich doch SPD und Linke an diesem Problem abarbeiten, ob sie es können oder nicht, wir beherrschen dafür ein anderes Thema. Schließlich hat genau diese Rezeptur in Baden-Württemberg zum Erfolg geführt. Sie können das so machen. Nur ist das die gleiche Partei, die auf Bundesebene mit Rot-Grün Hartz IV zugestimmt, ja

gepuscht hat – die Grünen haben damals so wenig wie die SPD auch nur gezuckt, als die Hilfen auf Sozialhilfeniveau gesenkt wurden. Danach haben die stillen Gebete der Grünen Erfolg gehabt – während die SPD für Hartz IV über Jahre in Wahlen verprügelt wurde, rutschten die Grünen unbeschadet durch. Sie wurden nie als verantwortliche Hartz-IV-Partei deklariert. Sie sind es aber. Stattdessen mutierten sie still zur Hartz-IV-Retter-Partei, die während der erneuten Verhandlungen über das Bildungspaket dieses Jahr laut brüllend in den Kampf zog. Und sich dann schimpfend über das schlechte

Verhandlungsergebnis kurz vor der Abstimmung zurückzog – wohl wissend, dass dieser Rückzug keine Konsequenzen für das Paket haben wird. Dieser Zickzackkurs irritiert – wie wichtig ist den Grünen nun wirklich die soziale Frage? Was wollen sie? Wo sind die anderen, innovativen, besseren, bezahlbaren, durchgerechneten Ideen? Darauf werden sie wohl noch eine Antwort geben müssen. Spätestens mit der Wahl in Berlin im September: In der Hauptstadt liegt die Arbeitslosigkeit bei satten 14 Prozent, die Stadt hat über 800.000 Hartz-IV-Empfänger. Daran ist nichts sexy und schon gar nichts grün.  
Quelle: FTD



## Bundesagentur für Arbeit kriminalisiert selbstständige Auf Stocker

Rund 125.000 Selbstständige, so die Bundesagentur für Arbeit (BA), waren im vergangenen Jahr Auf Stocker – sie benötigten, Hartz-IV-Almosen um zu überleben. Dazu erklärt der Landesvorsitzende der LINKEN Rheinland-Pfalz, Wolfgang Ferner: Die Feststellung der Bundesagentur für Arbeit ist verknüpft mit der Furcht, dass Selbstständige ihr Einkommen so herunterrechnen können, dass sie auf dem Papier Anspruch auf die Hilfe zum Lebensunterhalt haben, obwohl sie auf das Geld gar nicht angewiesen sind. Wenn der BA - Vorstand jetzt über Einschnitte für Unternehmensgründer nachdenkt, bedeutet dies eine Kriminalisierung aller Betroffenen. Hetzer gegen vermeintliche „Sozialschmarotzer“ bekommen von der BA ein neues Opfer frei Haus ge-

liefert – den Existenzgründer. Gleichzeitig will die Bundesregierung den Existenzgründerzuschuss drastisch kürzen – hiergegen protestieren sogar Unternehmer. Es werden also noch mehr Selbstständige unter die Armutsgrenze fallen – und kriminalisiert. Anfang des Jahres verfügten rund 85.000 selbstständige Auf Stocker über ein Einkommen von weniger als 400 Euro im Monat, 25.000 verdienten bis zu 800 Euro. Hinzu kommt, dass bei einer Unternehmung von „Tragfähigkeit“ die Rede ist, wenn sie ihre Kosten erwirtschaftet. Von jedem Euro Umsatz geht etwa ein Drittel in Form von Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Sozialabgaben an den Staat. Je nach Art und Umsatz des Unternehmens kann dem Staat dadurch mehr Geld zufließen als für

den Betriebsinhaber an Hartz-IV-Leistungen aufzuwenden ist. DIE LINKE sieht in der Absicht der Bundesregierung, selbstständigen Auf Stockern möglicherweise die staatlichen Leistungen zu kürzen oder ganz zu entziehen, einen menschenverachtenden Versuch, die Arbeitslosenstatistik zu schönen und gleichzeitig Bedürftigen ihr zustehendes Geld vorzuenthalten. Bundesregierung und Finanzbehörden wären besser beraten, die Zahl der Betriebs- und Steuerprüfer aufzustocken, damit florierende Unternehmen sich nicht asozial arm rechnen oder dem Fiskus zustehendes Geld ins Ausland schaffeln können.  
Quelle: scharf-links.de



Bundesagentur für Arbeit



## Wulff muss Gesamtschule loben

Eine Gesamtschule aus Göttingen hat den mit 100.000 Euro dotierten Deutschen Schulpreis 2011 gewonnen. Für die Bewertung zieht die Jury sechs Kriterien heran, unter anderem Leistung, Unterrichtsqualität und Schulleben. An der seit 1975 bestehenden Integrierten Gesamtschule (IGS) hat

die Juroren nach eigenen Abgaben nahezu alles überzeugt, das Votum des 14köpfigen Gremiums fiel einstimmig aus. Als die Kameras zu Bundespräsident Christian Wulff schwenkten, mischten sich in das Jubelgeschrei vor der Leinwand in Göttingen laute Pfiffe und Buh-Rufe. Der CDU-Politiker war 2003 als

Ministerpräsident in Niedersachsen mit dem Versprechen angetreten, den Gesamtschulen den Garaus zu machen. Die Landesregierung verbot die Neugründung von IGS und setzte dafür ganz auf das traditionelle dreigliedrige Schulsystem. Am Freitag kam Wulff nicht umhin, die IGS etwas schmallippig als erfolgreiche Schule zu bezeichnen.  
Quelle: junge Welt



V.i.s.d.P. :  
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell  
Oberhofstrasse 1  
79730 Murg/ Baden  
Tel: 07763 - 9275807  
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann  
Eisenbahnstr. 7  
79585 Steinen  
Tel: 07627 - 8127  
E-Mail: khirschmann@gmx.de

[www.montagsdemo-rheinfelden.de](http://www.montagsdemo-rheinfelden.de)



**Wir brauchen Spenden !**

**Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !**

## Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Die Wahlen in Baden-Württemberg sind vorbei, der politische Alltag für die „Grünen“ ist schneller da, als Ihnen lieb ist! Stuttgart 21 wird weiter gebaut und aus den Gremien der Protestbewegung ziehen sich die Grünen zurück. Ministerpräsident Kretschmar denkt nur wenige Wochen nach der Wahl schon an eine Koalition mit den schwarzen (CDU) nach, was für ein Verrat am Wahlvolk. Immer nach dem Spruch „Wer hat uns verraten, die SPD und wer war mit dabei, die Grüne

Partei“. Also wie gehabt in der politischen Landschaft, die Neoliberalen machen weiter so, als wäre nichts geschehen. Wir sind jetzt 7 Jahre auf der Straße und ein Ende ist nicht in Sicht.



Atomkraft, Stuttgart 21, Hartz IV, Agenda 2010, Rente mit 67, Lohndumping, Kriege, Mindestlohn, Leiharbeit und vieles mehr sind aktuelle Themen bei unseren Montagsdemos, leider!

Die wirtschaftlichen Krisen im Euroraum beschäftigen uns sehr und machen auch Angst über die zukünftige Ent-



wicklung Europas. Wie Griechenland ein Spardiktat aufgedrückt wird ist erschreckend. Ob Griechenland, Spanien, Portugal, Belgien, Irland, Italien oder auch England, allen will man ein neoliberales Sparkonzept der Marke Agenda 2010 (Deutschland) aufdrücken. Ist das unser Exportschlager



Nr. 1? So wie es aussieht JA! Von einer Wirtschafts- und Sozialunion Europas kann nicht die Rede sein, von einer reinen Wirtschaftsunion schon. Die Interessen des Profits werden seit einigen Jahren immer brutaler durch-



gesetzt. Die Medien machen ihre Arbeit gut, um uns alle zu manipulieren.

Unabhängige Medien gibt es schon lange nicht mehr. Wir machen weiter, jeden Montag 18:00 Uhr auf dem Oberrheinplatz in Rheinfelden.

## Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **Attac Lörrach**, Infostand am 2. Juli am Hebelpark in Lörrach, Motto: „Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt“